

■ Diskussion zum Solarkraftwerk kommt voran

von Dr. Angela Schlutow / angela.schlutow@aol.com / 7643

Die Idee einer Solaranlage auf der Mülldeponie war ja im Zusammenhang mit der Frage entstanden, ob und wie man das Freibad im Winter überdachen und beheizen kann. Inzwischen liegt eine **Machbarkeitsstudie für ein Solarkraftwerk** auf der Kuppe der Deponie vor, die besagt, es ist ausreichend Platz für eine Anlage, die sehr viel mehr Strom gewinnen könnte, als für die Betreibung von Wärmepumpen für die Badbeheizung notwendig wäre.

Warum also nicht so viel wie möglich Strom in das Netz einspeisen, zumal es für jede eingespeiste Kilowattstunde eine höhere Vergütung nach dem "Erneuerbare-Energien-Gesetz" gibt, als man für die Entnahme aus dem Netz bezahlen muss?!

Die Studie der Firma Gneise 66 weist aus, dass sich die Anlage - vollständig kreditfinanziert - erst nach ca. 20 Jahren amortisieren würde. Bei einer Eigenkapitalquote von 30% der Investitionssumme würde die Anlage bereits nach 15 Jahren einen jährlichen Gewinn von ca. 40 000 Euro abwerfen. Als diese Studie im Bürgerhaus öffentlich vorgestellt wurde, war das Interesse groß.

Etwa 70 Bürger kamen und diskutierten die Vor- und Nachteile. Die dringende Notwendigkeit, gerade auch auf lokaler Ebene einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, war unstrittig.

Die Arbeitsgruppe "Energiekonzept" der Agenda 21 hat ihre positive Stellungnahme abgegeben und

begründet, dass sich die Investition sowohl für die Umwelt als auch für die Gemeinde lohnen würde.

Es gab aber einige Bürger, die darauf verwiesen, dass eine Gemeinde nicht in unprofitable Unternehmen investieren darf.

Die Gegenfrage drängt sich sofort auf: Was kostet die Kommunen die Bewältigung der Klimakatastrophen wie zunehmende Sturmschäden, Dürreschäden an den Bäumen im öffentlichen Raum, steigende Preise für Öl und Gas, nicht gerechnet die privaten Mehraufwendungen. Gleichzeitig deutet aber gerade die weltweite Diskussion über die Notwendigkeit von Klimaschutz darauf hin, dass sehr bald mit einem Schub in der Technologie und der Förderpolitik zu rechnen ist. So gibt es heute schon im Ausland deutlich preiswertere Fotovoltaik-Elemente, als in der Studie zugrunde gelegt wurde. Es gibt auch schon Gemeinden in Deutschland, die die Investition gewagt haben und offensichtlich mit wirtschaftlichem Erfolg.

Mein Vorschlag: Lasst uns weiter die technischen und finanziellen Möglichkeiten ausloten, die Erfahrungen von Gemeinden mit bestehendem Solarkraftwerk abschöpfen, über den Tellerrand nach alternativen Angeboten schauen.

Für mich geht die Diskussion um eine Solaranlage erst richtig los.

Wer kann mit weiteren Informationen und / oder Kontakten helfen?



■ Spüren Sie den wirtschaftlichen Aufschwung?

von Dagmar Enkelmann, Mitglied des Bundestages

SPD und CDU reden gern und viel vom „wirtschaftlichen Aufschwung“ in unserem Land. Nur spürt die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nichts vom Aufschwung.

Im Gegenteil: Die Löhne stagnieren, die

Pendlerpauschale wurde gekürzt, die Gesundheit verteuert, und die Mehrwertsteuererhöhung belastet die Privathaushalte. Fast so als ersparte und kürzte sich die Bundesregierung den vermeintlichen Aufschwung mal eben so zusammen. Geringverdienende ohne Vermögen werden zur Kasse gebeten, während die Riesen-gewinne in die Taschen Weniger fließen und der Staat sich seine Reformen von den Armen bezahlen lässt. Weitere Steuergeschenke an Unternehmen und Konzerne sind hier fehl am Platz. Ich kämpfe dafür, dass auch die „kleinen Leute“ den Aufschwung in ihren Geld-beuteln spüren.

■ Dazu gehören gesetzliche **Mindestlöhne**. Das wissen laut der aktuellen Infratest-dimap-Umfrage schon 63 Prozent der Bevölkerung. Doch die Bundesregierung ist mal wieder dabei an den Interessen der Bevölkerung vorbeizuregieren. Im Interesse der Menschen, die trotz Vollzeitarbeit in Armut leben, fordern wir Linken die Bundesregierung auf, den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland einzuführen. Mindestlöhne sind das beste Mittel gegen Armutslöhne!

■ Dazu gehören **mehr Einkommen**. Niedrige Steuern auf Löhne und Einkommen, höhere Lohnabschlüsse und endlich die notwendige Angleichung der Gehälter Ost und West sind volkswirtschaftlich dringend geboten. Am 3.Oktober 2010 wird die Deutsche Einheit zwanzig Jahre alt. Soll dieses Jubiläum mit zwanzig Prozent Lohndifferenz gefeiert werden?

■ Und dazu gehören eine **Kindergrundsicherung** und mehr **Investitionen für öffentliche Arbeit und Bildung**. Wir Linken

1. Mai 2007

Familienfest auf dem Hof der ARCHE und auch die Linkspartei ist mit dabei. Mit allen Neuigkeiten aus Partei und Fraktion!
10 - 18 Uhr, Carl-Schmücke-Straße 33

wollen mehr Menschen dazu ermutigen, sich für Kinder zu entscheiden. Aber wir wollen vor allem weniger arme Kinder. Und wir wollen bestmöglich ausgebildete Kinder. Das beste Rezept gegen Arbeitslosigkeit von morgen ist die Armutsverhinderung von heute. Das ist eine Investition in die Zukunft, aber es ist vor allem ein Gebot der Menschenwürde! Genauso wie es heute darum gehen muss, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Wir brauchen den deutlichen Ausbau der gemeinwesenorientierten Arbeit. Wie 500 000 neue Arbeitsplätze entstehen können, hat meine Fraktion im Deutschen Bundestag vorgestellt.

Ansichten – Aussichten

Positionen der Fraktion Die Linke. zur Neuenhagener Kommunalpolitik

Mai / 2007
www.linke-neuenhagen.de

Neues aus der Sitzung der Gemeindevertretung vom 19. April 2007

■ Die Funkmasten, die MOZ und der Bürgermeister

In der Gemeindevertretersitzung am 19. April standen erwartungsgemäß die Funkmasten auf der Tagesordnung. Zu dem Schwarzbau auf dem Polizeigrundstück hatte sich der Hauptausschuss bereits auf ein Verfahren geeinigt, um möglichst den Rückbau des Mastes zu erreichen:

■ Ausweisung als B-Plangebiet (auf Gemeindekosten),

■ Veränderungssperre, mit dieser soll erreicht werden, dass der Landkreis, bei dem der Bauantrag jetzt (nachträglich) eingereicht wurde, den Bauantrag nicht genehmigt (das gemeindliche Einvernehmen nicht ersetzt). Dann müsste, wenn es mit rechten Dingen zugeht, der Mast vom Polizeigelände abgebaut werden.

Schwarzbau ist eigentlich schon ein dicker Hund!

Aber es kam noch dicker:

Der zweite Mast soll in der Kiefernallee errichtet werden. Bisher ging unsere Fraktion davon aus, dass wir die Gemeinde Hoppegarten, deren Gebiet das ist, nur bitten können, ihre bereits erteilte Genehmigung zurückzuziehen bzw. dem Betreiber ein Ausweichgrundstück anzubieten. Aber am Donnerstag stellte sich dank Herrn Ott (Gip) heraus, dass Bürgermeister Henze im Namen der Nachbargemeinde



Larisa Schippel

Neuenhagen gehört worden ist und seine Zustimmung zur Errichtung des Mastes erteilt hat. Nur den Gemeindevertretern hat er davon nicht ein Sterbenswörtchen gesagt und uns in dem Glauben gelassen, er stünde auf der Seite der Gegner dieses Mastes, als unterstütze er mich im Ausschuss, denn ich habe von Anfang an deutlich gemacht, dass der geplante Kita-Standort ungeeignet ist, wenn in geringer Entfernung davon ein Funkmast aufgestellt wird.

Ich habe vor längerer Zeit bereits den Vorwurf geäußert, dass dieser Bürgermeister lügt. Leider gibt es dafür eine neue Bestätigung.

Aber wen stört das - außer uns?

In der MOZ vom Samstag, 21. 4., findet man einen längeren Artikel zur Diskussion in der Gemeindevertretung. Gezeichnet ist der

Fortsetzung Seite 2

Artikel von Irina Voigt.
 Sie war aber bei der Sitzung gar nicht anwesend.
 Der Artikel trägt auch sehr deutlich die Handschrift der Verwaltung, kein Wort der Kritik an des Bürgermeisters Verhalten. Dass meine Stellungnahme und die Anträge unserer Fraktion nicht erwähnt werden - sie wurden übrigens angenommen! - vielleicht gewöhne ich mich ja auch noch daran.

Ein Glück, dass wir eine freie und kritische Presse haben, die die Bürgerinnen und Bürger sachgerecht und kritisch informiert!

Larisa Schippel (20 09 50)
 kontakt@larisa-schippel.de

■ Eine Buslinie Schöneiche - Neuenhagen - Hoppegarten

Gemeinsam mit dem Landkreis Märkisch-Oderland und der Gemeinde Hoppegarten startet unsere Gemeinde ab Mai eine neue Buslinie - die 940A.
 Diese Buslinie soll künftig die S-Bahnhöfe Neuenhagen und Hoppegarten sowie die Hoppegartener Ortsteile Waldesruh und Münchehofe sowie die Gemeinde Schöneiche verbinden.
 Somit gibt es für die Neuenhagener künftig die Möglichkeit, zur Median-



Stephan Wende

Netzwerk des Protests

Zur Vorbereitung der Proteste zum G8-Gipfel in Rostock im Juni 2007 entsteht ein Bündnis, das plant, 100 000 Menschen in die Hansestadt zu bringen, um dem Protest gegen die G8 eine laute Stimme zu geben.



Surftipp:

www.heiligendamm2007.de

www.block-g8.de

www.gipfelproteste-dielinke.de

www.move-against-g8.de

"Die G8 sind nicht Teil der Lösung von Armut, Klimakatastrophe und Krieg. Sie sind Teil des Problems, deswegen ist der Protest legitim und notwendig."
 Gregor Gysi

Klinik in Hoppegarten oder über die Schöneicher Straßenbahn (ab der Haltestelle Dorfaue) eine direkte Verbindung nach Friedrichshagen und der Bölschestraße zu erhalten.
 Mit einem Kleinbus mit 24 Sitzplätzen wird künftig sechs Mal täglich von Montag bis Freitag die Strecke befahren.
 Das Angebot gilt erstmal für ein Jahr, danach wird der Bedarf neu bestimmt. Wird die Strecke angenommen? Ist das Angebot ausreichend, oder müssen die Taktzeiten ausgeweitet werden? Es liegt nunmehr auch an uns Bürgern, ob wir das Angebot nutzen und auch mal auf das eigene Auto verzichten. Möglich ist es nun, und angesichts der Klimadebatte ist das sicher auch ein geeigneter Beitrag, um die persönliche Energiebilanz zu verbessern.

In der Ausschussdebatte dazu gab es von unserer Fraktion drei Hinweise für die weitere Entwicklung:

- Zügig soll die Verwaltung prüfen, wie ein ähnliches Angebot nun auch für Neuenhagen Nord entwickelt werden kann, um den U-Bahnhofes Hönow und damit auch Helle Mitte besser zu erreichen.
- Bei der künftigen Verhandlung der 940A sollte geprüft werden, ob sich die Gemeinde Schöneiche an der Finanzierung beteiligt.
- Wir empfehlen für die neue Busstrecke eine zeitnahe Veränderung des Takts, um auch im Berufsverkehr wirksam eingesetzt zu werden. Zurzeit startet der erste Bus am Tag um 8.30 Uhr in Schöneiche. Das ist unseres Erachtens zu spät.

Grundsätzlich gilt aber auch, dass für den ÖPNV das Land und der Kreis zuständig sind. Eigene kommunale Lösungen sind zwar im Interesse der Bürgerinnen und Bürger richtig, dürfen aber nicht die eigentlichen Leistungserbringer aus der Verantwortung entlassen. Die Landesregierung betreibt mit den Kürzungen der Regionalmittel einen Verschiebeparkplatz: Das Land verschiebt die Verantwortung und Finanzierung auf die Kreise und kreisfreien Städte und belastet damit die Kommunen und Bürgerinnen und Bürger - das ist unsozial, klimafeindlich und vor allem grenzt es alle die aus, die auf öffentliche Mobilität angewiesen sind (SchülerInnen und Senioren).

Stephan Wende (20 18 86)
 stephan.wende@gmx.de

■ Lokale Agenda 21 für Neuenhagen

Seit Sommer vergangenen Jahres wird in Neuenhagen an einem Leitbild gearbeitet, das für einen langfristigen Zeitraum von 25-30 Jahren Orientierung und Handlungsgrundlage für unsere Gemeinde werden soll. Damit findet das bereits 1992 von der UNO unter dem Namen Agenda 21 beschlossene weltweite Vorgehen für eine nachhaltige Entwicklung nun auch in unserem Ort seinen Anfang: Nachdem die Gemeindevertretung dazu einen Beschluss gefasst hat, fand auf Einladung des Bürgermeisters im Mai 2006 in der Aula der Goethe-Schule eine öffentliche



Der Autor, Dr. Klaus Biedka, ist seit der letzten Gemeindevorstandssitzung Sachkundiger Einwohner für die Fraktion Die Linke. PDS im Ortsentwicklungsausschuss. Wenn auch Sie mit unserer Fraktion gemeinsam

Politik für die Gemeinde machen wollen, rufen Sie uns einfach an: 20 09 50.
 Lieber Klaus: Willkommen an Bord!

Auftakt-Veranstaltung statt. Nach einer einleitenden Präsentation von Frau Dr. Schlutow erläuterten in den Themenbereichen **Wirtschaftsstandort, Soziale Sicherheitsnetze und Kultur, Gartenstadt und nachhaltige Ressourcennutzung,**

Familienfreundliche Gemeinde und Jugendwerkstatt die vorab gewonnenen Sprecher ihre Vorstellungen zur Agenda-Arbeit. Im Anschluss daran konnten sich die anwesenden Bürger in einer der 5 Themen-Arbeitsgruppen zu den Möglichkeiten einer konkreten Mitarbeit äußern.
 So wurde ich Mitglied der Arbeitsgruppe Wirtschaftsstandort.

Nach einem Jahr liegen nun die ersten Ergebnisse vor. Vier Arbeitsgruppen haben ihre Leitbildentwürfe bis Ende April abgeschlossen, zwei Befragungen - Einwohnerbefragung und Interviews von 50 Unternehmen - wurden durchgeführt und werden jetzt ausgewertet.

Einzelne Vorhaben, wie eine Vereinbarung zum Solarstrom-Projekt für Neuenhagener Schulen und eine Informationsveranstaltung zum Thema Möglichkeiten eines Solarkraftwerks auf der ehemaligen Deponie - um nur zwei Beispiele aus der AG Wirtschaftsstandort zu nennen - wurden bereits durchgeführt.

Bis zum September sollen die Leitbild-Entwürfe der Arbeitsgruppen zusammengeführt und redaktionell bearbeitet werden. Anschließend werden die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt.

Nach der Erstellung des Leitbildes ist der Agenda-Prozess aber nicht zu Ende, er wird damit erst seinen inhaltlichen Rahmen bekommen haben.

www.linke-neuenhagen.de

Deshalb ist es richtig, sich bereits jetzt Gedanken über seine Weiterführung zu machen. Hierin sehe ich eine interessante Anforderung an die demokratische Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Gemeinde: Einerseits muss der Agenda-Prozess wegen seiner langfristigen und weitgehenden Wirkungen demokratisch legitimiert sein, andererseits sind die dafür gegenwärtig vorhandenen Strukturen wie Gemeindevertretung, Parteien, Vereine und Verbände jede für sich genommen nicht in der Lage, diesen Prozess verantwortlich zu führen. Es müssen also neue, basisdemokratische Formen gefunden werden.
 Diese sind nicht ohne Konfliktpotential, aber da fällt mir die These von der Einheit und dem Kampf der Widersprüche als dialektischer Entwicklungsgrundsatz ein.
 Lassen wir uns also nicht davor schrecken, sondern nutzen die Chancen und das Potential der Agenda 21.

Klaus Biedka
 klaus.biedka@web.de

